

Konzernmacht beschränken!

Warum es Zeit ist für eine Anti-Monopolbewegung in Europa

Max Bank, Nina Katzemich und Nelly Grotefendt

Ob bei der Digitalisierung, bei der Energiewende oder bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie: Bei entscheidenden gesellschaftlichen Weichenstellungen verhindert die Monopolmacht von Unternehmen nötigen Wandel und untergräbt demokratische Entscheidungsprozesse. Deshalb ist es an der Zeit für eine Anti-Monopolbewegung gegen die Marktmacht der Konzerne und für die Wiedererlangung unserer demokratischen Handlungsspielräume.

Zunehmende Marktmacht von Unternehmen geht Hand in Hand mit steigenden Lobbyausgaben. Das zeigen nicht zuletzt jüngste Forschungsergebnisse für die USA. Ähnlich dürfte es auch in Europa sein. Je konzentrierter eine Branche, desto weniger will sie sich reinreden lassen, desto mehr will sie die Spielregeln selbst bestimmen und umso mehr gibt sie aus für Lobbying. Das läuft demokratischen Prinzipien zuwider.

Die Digitalisierung als Brennglas der Konzernmacht

Auswüchse davon zeigen sich bei der Ausgestaltung der Digitalisierung. Die großen Internetplattformen bestimmen bislang die Regeln selbst, nach denen ihre Plattformen gestaltet werden. Die hoch gepriesene europäische Datenschutzgrundverordnung wird von den Tech-Konzernen missachtet oder zumindest nicht vollständig umgesetzt. Doch auch die staatlichen Stellen versagen gegenüber den Tech-Konzernen, weil ihnen die notwendigen Ressourcen zur Durchsetzung der verabschiedeten Regulierungen fehlen. Ebenso ist personalisierte Werbung völlig unreguliert in Europa. Noch nie wurden persönliche Datensätze derart schamlos und systematisch für die Interessen von Werbekunden ausgebeutet wie von Facebook (META) und Google, die den Online-Anzeigenmarkt dominieren.

Gepaart ist diese Monopolmacht auf den Märkten mit immenser Lobbymacht. Die Lobbymacht der Tech-Konzerne zeigt sich derzeit in Brüssel. Mehr als 97 Mio. € gibt die Digitalindustrie in der EU aus. Allein 27 Mio. € davon kommen aus den Kassen der großen Internetplattformen Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft – kurz GAFAM genannt. Mit geballter Lobbypower gehen sie gegen strengere Marktregeln für große Plattformen vor und versuchen das derzeit verhandelte Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) zu verwässern. Bislang mit relativ wenig Erfolg. Es zeichnet sich jedoch ab, dass auch der DMA über zu wenig Ressourcen für eine effektive Umsetzung verfügen könnte. Denn die Regeln müssten gegen eine Armada von Rechtsanwält*innen und Lobbyist*innen durchgesetzt werden. Darüber muss man sich im Klaren sein.

Monopole zementieren die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern

Auch mit der Energiewende könnten wir deutlich weiter sein, wenn Monopolinteressen das nicht verhindern würden. Beispiel Gasindustrie: Die Entscheidung über den Ausbau von Gasinfrastruktur in Europa trifft die Branche weitestgehend selbst. Die Vorschläge der Gasnetzbetreiber werden bisher von der EU-Kommission übernommen und gefördert, in Deutschland bestimmen die 16 Fernleitungsnetzbetreiber über den offiziellen Netzentwicklungsplan. Klimaziele sind in dieser Planung bisher nicht verankert. Natürlich liegt es im Eigeninteresse der Gasindustrie, ihre Netze weiter auszubauen. Dass die Gasnetzbetreiber sich selbst regulieren, ist ein Unding und behindert den Weg in eine CO₂-neutrale Wirtschaft. Es handelt sich um einen skandalösen Fall von Machtvermischung zwischen Industrie und Politik.

Darüber hinaus hat gerade die deutsche Politik ein viel zu enges Verhältnis zur Gasindustrie. Besonders in die SPD als jahrelange und aktuelle Regierungspartei hat die Gaslobby gute Drähte. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder als Gazprom-Lobbyist ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Er hat den russischen Energiekonzernen die Türen in die deutschen Ministerien geöffnet. Zum Beispiel für Matthias Warnig, Chef von Nord Stream 2, der sich allein von Januar 2015 bis Oktober 2017 zehnmal mit dem damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel traf. Dieser hat dann tatkräftig geholfen, die Pipeline Nord Stream 2 in die Tat umzusetzen und den Verkauf des größten deutschen Gasspeichers an den russischen Staatskonzern Gazprom genehmigt. In Mecklenburg-Vorpommern gründete Ministerpräsidentin Manuela Schwesig gar eine „Klimaschutz“-Stiftung mit dem Geld von Nord Stream, um den Bau der Pipeline vorbei an den US-Sanktionen zu ermöglichen. Diese Netzwerke mögen derzeit bröckeln, aber es gibt viele weitere! Da ist beispielsweise der Branchenverband Zukunft Gas mit 140 Mitgliedern aus der Gasindustrie: Aufsichtsratsvorsitzender ist Friedbert Pflüger, ehemaliger CDU-Politiker, der über seine eigene Lobbyagentur Lobbyarbeit im Auftrag von Nord Stream und anderen Gasunternehmen betreibt. Im Beirat von Zukunft Gas sitzt außerdem Andreas Kuhlmann, Chef der Deutschen Energieagentur DENA, die dem Bundeswirtschaftsministerium untersteht und es in energiepolitischen Fragestellungen berät. Was der Chef einer bundeseigenen Agentur in einem Gaslob-

byverband macht, konnte er uns bislang nicht überzeugend erklären. Die DENA verfasst unter anderem regelmäßig die Klima-Leitstudie. Unternehmen dürfen dabei als Sponsoren der Studie gegen Geld Einfluss auf das Studiendesign nehmen. Viele Umweltschutzorganisationen kritisierten die neueste Ausgabe als auffällig gasfreundlich.

Gemeinwohl vs. Konzerninteressen

Nicht nur bei der Energiewende behindern Konzerninteressen dringend gebotenen gesellschaftlichen Wandel. Ein krasses Beispiel sind auch die Impfstoffpatente in der Corona-Pandemie. Während eine Freigabe der Patente für Corona-Impfstoffe menschlich geboten ist, um Corona-Tote weltweit zu verhindern, pochen Pharmakonzerne auf die geistigen Eigentumsrechte bei den Impfstoffpatenten. Hier steht Gesundheit gegen Konzerninteressen. Natürlich sollen Unternehmen dafür entlohnt werden, dass sie jahrelang Forschung betreiben. Aber diese Entlohnung sollte ihre Grenzen haben, spätestens während einer Pandemie. Insofern gehören geistige Eigentumsrechte grundlegend auf den Prüfstand. Sie dürfen nur beibehalten werden, wenn sie nicht das Gemeinwohl gefährden.

Ob bei der Digitalisierung, der Energiewende oder bei medizinischer Versorgung: Gemeinwohl sollte immer Vorrang vor Monopolinteressen von Konzernen haben. Seitenwechsel von der Politik in die Wirtschaft



Bild: Aktion Agrar/Flickr (CC BY 2.0) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

unterliegen mittlerweile Regeln in Deutschland und der EU. Doch wir brauchen weitere Instrumente, um die Monopolmacht von Konzernen im Zweifel aufzubrechen und dem Gemeinwohl Vorrang einzuräumen. Gerade in Europa, wo viele große Konzerne etwa aus dem Pharmabereich angesiedelt sind. Doch natürlich auch darüber hinaus. Das zeigt

auch der Fall von Big Tech aus dem Silicon Valley in den USA. Hier braucht es transatlantische Kooperationen bei der Begrenzung der Macht von Google & Co. Wir brauchen dafür eine internationale Anti-Monopolbewegung, die mit neuen Instrumenten die Marktmacht und die Lobbymacht von Konzernen begrenzt.



Max Bank (unten) hat uns für diesen Artikel einen Einblick in die Marktmacht der Tech-Konzerne gegeben. Er ist Experte für die Macht der Digitalkonzerne und den Lobbyeinfluss auf die Klimapolitik bei LobbyControl. Seine Kollegin Nina Katzemich (Mitte) schreibt für uns zur Macht der Gasindustrie. Sie ist Expertin für Klimapolitik und Lobbyismus bei LobbyControl. Nelly Grotefend ist Expertin für Handels- und Investitionspolitik beim Forum Umwelt & Entwicklung und zusammen mit Max Bank arbeitet sie an einer europäischen Anti-Monopolbewegung.

Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>